

einer Vereinbarung über die Einberufung einer Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa ein. Sie wäre geeignet einen großen Beitrag zur Verminderung der militärischen Konfrontation, zum Abbau des Mißtrauens und zur Lösung der Fragen der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in diesem Teil der Welt zu leisten.

Sie halten es für bedeutsam, daß das Madrider Treffen die Entschlossenheit der daran teilnehmenden Staaten bekräftigt, die in Helsinki angenommenen Prinzipien für die zwischenstaatlichen Beziehungen zu achten und anzuwenden. Es sollte in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Schlußakte Maßnahmen zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf politischem, ökonomischem, humanitärem und anderen Gebieten festlegen und die Kontinuität des gesamteuropäischen Prozesses sowie seinen organisatorischen Rahmen, einschließlich Ort und Zeitpunkt des nächsten Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz, gewährleisten. Sie bekräftigen, daß sie für die Durchführung dieses Treffens in Bukarest eintreten.

Ein Erfolg des Madrider Treffens würde - aus heutiger und künftiger Sicht - den Interessen aller Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz in gleichem Maße entsprechen. Daher können die Beschlüsse, die das Treffen zu fassen hat, nur auf dieser Tatsache beruhen und müssen für alle annehmbar sein.

Die Teilnehmer der Tagung erklären, daß ihre Staaten, so wie bisher, mit allen Mitteln dazu beitragen werden, um auf dem Madrider Treffen die Vereinbarung des Abschlußdokuments baldmöglichst abzuschließen. Sie erwarten von den anderen Teilnehmern des Treffens ein ebensolches konstruktives Herangehen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind zur Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zu allen Staaten Europas bereit. In Übereinstimmung damit treten sie ein:

- für die Aufrechterhaltung und Vertiefung des politischen Dialogs und von Konsultationen auf allen Ebenen sowie für möglichst breite politische Kontakte. Das schließt auch die Entwicklung von Kontakten auf bilateraler und multilateraler Grundlage zwischen Parlamenten, politischen Parteien, Gewerkschaften, Jugend-, Frauen- und anderen Organisationen im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa ein;

- für die allseitige Erweiterung der sachlichen Zusammenarbeit im Handel, auf industriellem, landwirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet ohne jegliche Diskriminierung, für Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens in den Wirtschaftsbeziehungen. Hier eröffnet sich ein wahrhaft weites Feld für die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens;

- für die Vertiefung der gegenseitigen geistigen Bereicherung der Völker Euro-